Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 40 (2021)

Heft: 77

Artikel: Schuldenkrise im Globalen Süden : strukturelle Schwächen der internationalen Finanzarchitektur

Autor: Stutz, Malina

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1055538

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Malina Stutz

Schuldenkrise im Globalen Süden

Strukturelle Schwächen der internationalen Finanzarchitektur

Die Verschuldungssituation im Globalen Süden hat sich schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie zugespitzt: Nach Einschätzung von erlassjahr.de befanden sich 124 Länder des Globalen Südens bereits 2019 in einer kritischen Verschuldungssituation.[1] In drei Viertel der Länder hatte sich die Situation zwischen 2014 und 2018 verschlechtert. Auch die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) warnten bereits am Vorabend der Pandemie vor einer globalen Schuldenkrise (Kose u.a. 2020; IWF 2020a). Grund dafür war unter anderem die seit mehr als zehn Jahren andauernde Kombination aus Niedrigzinspolitik und relativ schwacher wirtschaftlicher Konjunktur im Globalen Norden, die den Kapitalexport in den Globalen Süden befeuerte, wo höhere Renditen erzielt werden konnten.[2] Das erklärt insbesondere den starken Anstieg der privaten Kreditvergabe in Form von Anleihen und Bankkrediten. Darüber hinaus ist die Kreditvergabe Chinas seit 2009 sprunghaft angestiegen (Kaiser/Stutz 2019). Die öffentliche Kreditvergabe der westlichen Industriestaaten hat indes an Bedeutung verloren.

2020 traf auf diese Situation die Corona-Pandemie. In fast allen Ländern der Welt brach das Wirtschaftswachstum dramatisch ein, die Einnahmebasis schrumpfte, gleichzeitig gab es einen sprunghaft ansteigenden Bedarf an öffentlichen Ausgaben. Allein im März 2020 wurden schätzungsweise 83 Milliarden US-Dollar ausländischen Kapitals aus dem Globalen Süden abgezogen (IWF 2020b). Der Zinsaufschlag, den Länder des Globalen Südens auf Staatsanleihen zu entrichten hatten, stieg sprunghaft – im Durchschnitt um drei Prozentpunkte – an (OECD 2021). Für 2020 schätzt erlassjahr.de, dass 134 Länder kritisch verschuldet sind (Kaiser/Rehbein 2021, 8f.), in fast achtzig Pro-

zent der Staaten hat sich die Verschuldungssituation verschärft. Wer bereits vor Ausbruch der Pandemie kritisch verschuldet war, ist am stärksten betroffen (Munevar 2021a, 1).

Der IWF und Ratingagenturen warnten zu Beginn der Pandemie, dass es 2020 reihenweise zu Zahlungsausfällen im Globalen Süden kommen könnte (FitchRatings 2020; IWF 2020). An den Finanzmärkten «normalisierte» sich die Situation jedoch erstaunlich schnell. Geld floss wieder zurück in den Globalen Süden und die Zinsen sanken – zumindest im Durchschnitt – wieder auf das Vorkrisenniveau (OECD 2021). Dass Zahlungsausfälle bisher weitestgehend ausblieben, ist jedoch nicht gleichbedeutend damit, dass die Krise im Globalen Süden überstanden wäre. Trotz der «Normalisierung» an den Finanzmärkten kehrte sich das Verhältnis zwischen jährlichen Schuldendienstzahlungen und neuer Kreditaufnahme 2020 erstmals seit 2008 um: Inmitten der schlimmsten wirtschaftlichen Krise der letzten hundert Jahre führte der öffentliche Sektor von Niedrig- und Mitteleinkommensländern (ohne China) 2020 circa 160 Milliarden US-Dollar netto an das Ausland ab. Gleichzeitig könnten Schätzungen zufolge mindestens 6000 Menschen täglich an Hunger infolge der wirtschaftlichen Rezession gestorben sein (Oxfam 2020), 120 Millionen Menschen rutschen zusätzlich unter die absolute Armutsgrenze (Lakner u. a. 2021) und die Schuldendienstzahlungen waren mindestens in 62 Ländern höher als die Gesundheitsausgaben (Munevar 2021a).

Zudem stehen wir vor einer neuen Welle der weltweiten Austeritätspolitik. Im Jahr 2021 muss in 154 Ländern mit öffentlichen Haushaltskürzungen gerechnet werden (Ortiz/Cummins 2021). In einer Situation, in der viele Länder noch tief in der wirtschaftlichen Rezession stecken, ist dies ökonomisch unsinnig und sozial höchst problematisch. Bis 2025 muss damit gerechnet werden, dass die Staatsausgaben in mindestens siebzig Ländern unter das Vorkrisenniveau von 2019 sinken werden. Nur die absolute Priorisierung des Schuldendienstes vor notwendigen öffentlichen Ausgaben im Gesundheitssektor und in den sozialen Sicherungsnetzen ermöglicht es, serielle Zahlungsausfälle (Stand Juli 2021) weitestgehend zu vermeiden. Dadurch spüren zwar Gläubiger bislang fast nichts von der Krise – die Bevölkerung in den Schuldnerländern jedoch umso mehr.

Akteure und Strukturen des internationalen Schuldenmanagements

Wenn Staaten in Rückzahlungsschwierigkeiten geraten, stehen ihnen theoretisch zwei Möglichkeiten zur Verfügung. Erstens könnten sie Zahlungen

gegenüber ihren externen Gläubigern einseitig einstellen. Zweitens können sie versuchen, mit ihren Gläubigern Konditionen auszuhandeln, die es ihnen erlauben, ihren Verpflichtungen weiter nachzukommen.

Während unter anderem westeuropäische Schuldnerstaaten im 18. und frühen 19. Jahrhundert durchaus regelmässig auf erstgenannte Option zurückgriffen, kommt diese Praxis seit Ende des Zweiten Weltkrieges nur noch sehr viel seltener zur Anwendung (Roos 2019, 4 u. 110f.). Staaten bemühen sich, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen oder suchen mit ihren – unterschiedlich kompromissbereiten – Gläubigern nach Möglichkeiten, eine Staatspleite zu vermeiden. Der Politökonom J. Roos sieht als Ursache dafür die Etablierung eines Entwicklungsmodells, das Staaten, Haushalte und Unternehmen abhängig von kurzfristigen Kreditvergaben macht (ebd., 50f.). Gemäss implizitem Konsens wird alles darangesetzt, um dieses System der kurzfristigen Kreditvergabe am Laufen zu halten.

Dass es seit Ende des Zweiten Weltkrieges nur zu sehr viel geringeren Zahlungsrückständen gekommen ist als zuvor, liegt insbesondere auch daran, dass ein System der weltweiten öffentlichen Notfallkreditvergabe etabliert wurde (das Global Financial Safety Net GFS). Mittels einer Kombination unterschiedlicher Mechanismen wie zum Beispiel Hilfs- und Überbrückungskrediten im Falle von plötzlichen Kapitalabzügen soll die Anfälligkeit von Staaten gegenüber Schwankungen auf den internationalen Finanzmärkten minimiert werden. Allerdings werden solche Zahlungen meist an fragwürdige Konditionen wie Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, Privatisierungen und Handelsliberalisierungen geknüpft. Im Zentrum dieses Systems steht die Kreditvergabe des IWF.

Darüber hinaus übernimmt der IWF gemeinsam mit der Weltbank im Falle von Rückzahlungsschwierigkeiten und Umschuldungsverhandlungen die Rolle des Gutachters. Im Rahmen von Schuldentragfähigkeitsanalysen wird festgestellt, wie kritisch die Verschuldungssituation des Schuldnerlandes ist und was notwendig ist, um dessen Zahlungsfähigkeit zu sichern beziehungsweise wiederherzustellen. Problematisch ist das nicht zuletzt deswegen, weil die westlichen Gläubigerstaaten gemessen an ihrem Anteil an der Weltbevölkerung (ca. achtzehn Prozent) einen ungleich grossen Anteil der Stimmrechte dieser beiden Institutionen halten (beim IWF ca. sechzig Prozent).

Solche Gutachten wie auch die Einhaltung der verhängten Konditionen des IWF sind Voraussetzung, damit Schuldnerländer Umschuldungsverhandlungen in internationalen Gläubigerforen wie etwa dem Pariser Club (siehe unten) führen können. Der wirtschaftliche Erholungsprozess

wird dabei regelmässig zu optimistisch eingeschätzt (Rehbein 2020). So zeigt eine IWF-interne Untersuchung aus dem Jahr 2014, dass zwischen 1991 und 2011 Wachstumsvorhersagen für Länder, die in diesem Zeitraum eine Wirtschaftskrise erlebten, noch im Vorjahr der Krise im Durchschnitt 6,27 Prozentpunkte zu hoch waren (IEO 2014). Ähnlich verhält es sich mit Ländern, die sich bereits in einer wirtschaftlichen Krise befanden: Ihr Erholungsprozess wurde – wie im Falle Griechenlands, Spaniens, Portugals und Italiens zwischen 2009 und 2014 – Jahr für Jahr systematisch überschätzt (Guzman/Heymann 2015, 398f.).

Problematisch sind solche fehlerhaften Prognosen deshalb, da notwendige Schuldenerleichterungen in der Folge kleingerechnet werden. Rückwirkend gestehen nahezu alle Akteure ein, dass Schuldenerlasse in vergangenen Krisen zu spät und in zu geringem Umfang gewährt wurden (IWF 2013).

Vorbild für ein alternatives Vorgehen könnte das Londoner Schuldenabkommen von 1953 sein, das den Umgang mit ausstehenden Forderungen Westdeutschlands gegenüber seinen westlichen ausländischen Gläubigern regelte. Dem Kriegstreiber Deutschland wurden damals nicht nur gut fünfzig Prozent der ausstehenden Verbindlichkeiten erlassen und die restlichen Forderungen zinsgünstig umgeschuldet, die Rückzahlung wurde zudem von der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands abhängig gemacht. Diese weitreichenden Zugeständnisse sind nur vor dem Hintergrund der sich damals zuspitzenden Ost-West-Konfrontation zu verstehen: Deutschland profitierte davon, dass seine wichtigsten Gläubiger ein Interesse an der wirtschaftlichen Erholung und der politischen Stabilität des Landes hatten.

So viel Glück haben Länder des Globalen Südens jedoch selten. Viel mehr bestimmten serielle Umschuldungsverhandlungen – wie in der sogenannten «Schuldenkrise der Dritten Welt» in den 1980er- und 90er-Jahren – und damit kurzsichtige Gläubigerinteressen das weitere Schuldenmanagement. Afrikanische Staaten mussten damals im Schnitt sieben Mal über die gleichen Verbindlichkeiten mit ihren Gläubigern verhandeln, bis endlich nachhaltige Lösungen vereinbart wurden. Jede Verhandlung wurde an neue wirtschaftspolitische Auflagen geknüpft. Diese erwiesen sich dabei als durchaus gewinnbringend für die Gläubigerstaaten, die von niedrigen Rohstoffpreisen im Zuge von Währungsabwertungen profitierten und deren private Unternehmen sich im Zuge von Liberalisierungen und Veräusserungen zu Spottpreisen Zugriffs- und Abbaurechte relevanter Ressourcen sichern konnten.

Ein weiterer Grund für die unzureichenden Umschuldungen seit den 1980er-Jahren ist, dass es kein alle Gläubiger umfassendes Verfahren gibt,

in dem über die ausstehenden Forderungen eines Landes als Ganzes verhandelt wird. Grundsätzlich kann zwischen drei Arten von Gläubigergruppen – öffentliche bilaterale, öffentliche multilaterale und private Gläubiger – unterschieden werden. So vergeben zum Beispiel Regierungen wie die US-amerikanische, die deutsche oder die chinesische Regierung Kredite (öffentliche bilaterale Gläubiger). Zweitens treten multilaterale – das heisst von mehreren Ländern gemeinsam finanzierte Institutionen wie der IWF und die Weltbank als Kreditgeber auf (multilaterale Gläubiger) und drittens können sich Staaten bei privaten Akteuren, etwa Banken, Versicherungen oder Investmentfonds, verschulden (private Gläubiger). Strebt ein Schuldnerland die Umschuldung oder teilweise Streichung ausstehender Forderungen an, muss es mit den verschiedenen Gläubigergruppen in unterschiedlichen Foren zu unterschiedlichen Regeln jeweils einzeln verhandeln.

Die westlichen Industriestaaten haben 1956 als informelles Gremium den «Pariser Club» gegründet, um sich im Umgang mit Schuldnerstaaten zu koordinieren. Erklärtes Gründungsziel war es, gemeinsam für die möglichst vollständige und zügige Eintreibung aller Forderungen zu sorgen. Auch heute gibt es keine verbindlichen Kriterien, wann und in welchen Umfang Schulden erlassen werden müssen. Die Entscheidung darüber hängt ganz allein vom Wohlwollen beziehungsweise den spezifischen geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der aktuell 22 Clubmitglieder ab. Der Aufstieg Chinas als wichtigster bilateraler öffentlicher Gläubiger, der nicht Mitglied im Pariser Club ist, hat die Verhandlungsmacht des Clubs herausgefordert. Allerdings nicht unbedingt im Interesse der Schuldnerstaaten. Die Angst, dass Laufzeitverlängerungen und Teilerlasse nicht der finanziellen Stabilität des Schuldnerlandes, sondern nur der Auszahlung der chinesischen Forderungen dienen könnte, macht es zusätzlich unwahrscheinlich, dass westliche Gläubiger zu nennenswerten Zugeständnissen bereit sind.

Die Hauptanteilseigner der wichtigsten multilateralen Finanzinstitutionen – das heisst wiederum die westlichen Gläubigerstaaten – haben bisher weitestgehend erfolgreich durchsetzen können, dass die Forderungen von öffentlichen multilateralen Gläubigern wie IWF und Weltbank grundsätzlich aus Schuldenrestrukturierungen herausgehalten werden. Insgesamt halten multilaterale Gläubiger nur einen recht geringen Anteil der Auslandsforderungen gegenüber Ländern des Globalen Südens. Bei einzelnen Ländergruppen ist ihr Anteil aber durchaus gewichtig. So machen die multilateralen Forderungen an Länder mit niedrigem Einkommen im Schnitt gut 34 Prozent aus, wobei es bei einzelnen Ländern bis zu fünfzig

Prozent sein können (Kaiser 2021). Werden diese Forderungen von Anfang an aus Umschuldungsverhandlungen herausgehalten, ist es nur schwer vorstellbar, dass nachhaltige Lösungen überhaupt erreicht werden können.

Die private Gläubigerlandschaft ist sehr viel diverser, undurchsichtiger und weniger klar organisiert als die öffentlichen Gläubiger. Umschuldungen mit privaten Gläubigern müssen ausserhalb und unabhängig von den Verhandlungen im Pariser Club geführt werden. Wichtige private Gläubigerbanken und Fondsgesellschaften organisieren sich dafür häufig in ad-hoc-Komitees. Es besteht jedoch auch die Gefahr, dass sich einzelne private Gläubiger nicht an den Verhandlungen beteiligen und versuchen, ihre Forderungen auf dem Klageweg einzutreiben, wenn der Schuldner – etwa aufgrund der Umschuldungsvereinbarungen mit seinen übrigen Gläubigern – wieder (kurzfristig) zahlungsfähig geworden ist. Diese Praxis schmälert wiederum die Bereitschaft anderer Gläubiger, dem Schuldnerland ihrerseits Erleichterungen zu gewähren.

Die gegenseitige Blockade von unterschiedlichen Gläubigergruppen – sei es zwischen einzelnen unkooperativen Privatgläubigern und tendenziell zu Zugeständnissen bereiten öffentlichen und privaten Gläubigern oder zwischen den im Pariser Club organisierten «traditionellen» öffentlichen Gläubigern und dem neuen Megagläubiger China – haben Umschuldungsverhandlungen häufig verzögert. Angesichts der hohen Kosten und nur geringen Aussichten auf nennenswerte Erleichterungen innerhalb dieser Strukturen reagieren viele Regierungen gemäss Analyse des Ökonomen Joseph Stiglitz mit vorauseilendem Gehorsam (2016). Dieser besteht darin, den Zahlungsverpflichtungen unbedingt nachkommen zu wollen, um Umschuldungsverhandlungen zu vermeiden. Die dafür notwendigen Haushaltskürzungen und die Aufnahme neuer Kredite verschieben das Problem in die Zukunft, anstatt es grundsätzlich zu lösen, und die Anpassungskosten werden einseitig auf die Bevölkerung des Schuldnerlandes abgewälzt.

Entschuldungsmassnahmen der Corona-Pandemie

Zu Beginn der Corona-Krise gab sich die internationale Gläubigergemeinschaft wachsam: Sowohl die Direktorin des IWF, Kristalina Georgiewa, als auch Weltbank-Chef David Malpass sprachen sich wiederholt für umfangreiche Schuldenerlasse aus (IWF 2020d). Noch im Oktober 2020 hiess es in einem Strategiepapier des IWF, dass die internationale Finanzarchitektur zu diesem Zweck dringend reformiert werden müsse, da die aktuellen Strukturen es nicht ermöglichten, schnelle und ausreichend tiefe Schuldenschnitte

zu gewähren (IWF 2020c). Die Befürchtung war, dass serielle Zahlungseinstellungen eine internationale Finanzkrise auslösen könnten – mit möglicherweise weitreichenden Folgen für die Ökonomien im Globalen Norden. Die Vereinten Nationen schätzten die für die Schuldenstreichungen notwendigen Mittel auf mindestens eine Billion US-Dollar, um eine Katastrophe zu verhindern (Unctad 2020). Die G20 reagierten im April 2020 mit dem Angebot eines Schuldenmoratoriums (Debt Service Suspension Initiative DSSI) sowie mit der Schaffung des Umschuldungsrahmenwerks G20 Common Framework. Tatsächliche Schuldenstreichungen gibt es bislang kaum. Einzig der IWF strich 29 ärmeren Ländern insgesamt 726,75 Millionen US-Dollar Schuldendienst.[3] Die DSSI bietet den 73 einkommensschwächsten Staaten die Möglichkeit, Schuldendienstzahlungen zwischen April 2020 und Dezember 2021 gegenüber öffentlichen bilateralen Gläubigern auszusetzen.[4] Doch die Forderungen werden nicht gestrichen, sondern sollen von den Schuldnerstaaten zwischen 2024 und 2028 zusätzlich zu den dann ohnehin anfallenden Zahlungen zurückgezahlt werden. Problematisch ist weiter, dass Zahlungen nur gegenüber öffentlichen bilateralen Gläubigern ausgesetzt werden dürfen – private und multilaterale Gläubiger wie IWF und Weltbank beharren hingegen weiter auf ausstehenden Forderungen. Nicht alle Länder profitieren von der Initiative. Ausschlaggebend ist weder die Verschuldungssituation noch die Betroffenheit infolge der Corona-Pandemie, um sich für die Initiativen zu qualifizieren, sondern einzig die Höhe des Brutto-Inlands-Produktes. Für die Gläubiger ist dies eine billig zu habende Wohltätigkeits-Demonstration, die am eigentlichen Bedarf vorbeigeht (Stutz 2021). Positiv hervorzuheben ist, dass die Initiative von allen G20-Staaten – das heisst insbesondere auch vom Nicht-Pariser-Club-Mitgliedland China – gemeinsam getragen wird. Die Beteiligung Chinas an der Initiative ist zentral, da im gesamten Moratoriumszeitraum mehr als sechzig Prozent der potenziell auszusetzenden Zahlungen an China fällig würden.

Die einzige strukturelle Reform der internationalen Schuldenarchitektur im Zuge der Corona-Pandemie ist die Schaffung des Common Frameworks (CF) der G20-Staaten, in dessen Rahmen einzelne Länder Umschuldungsverhandlungen mit ihren öffentlichen Gläubigern über die DSSI hinausführen können. Dieser Verhandlungsraum steht jedoch ebenfalls nur den 73 potenziell DSSI-begünstigten Ländern offen. Da China anders als im Pariser Club mit von der Partie ist, konnte die Gefahr der gegenseitigen Gläubigerblockade (siehe oben) durch diese Reform verringert werden. Die Entscheidung, ob, wem und in welcher Höhe Schulden erlassen werden, wird jedoch auch in diesem Gremium einseitig von den Gläubigerstaaten

getroffen. Schuldenstreichungen durch das CF gab es bisher nicht. Die bisher beschlossenen Massnahmen stellen somit keine Überwindung der strukturellen Machtasymmetrien der internationalen Finanzarchitektur dar.

Ausblick auf notwendige Reformen

Um die akute Schuldenkrise in Ländern des Globalen Südens zu lösen und der zunehmenden Ungleichheit zwischen den und innerhalb der Länder entgegenzuwirken, braucht es echte und umfangreiche Schuldenerlasse sowohl für niedrig als auch für kritisch verschuldete Mitteleinkommensländer. Private und multilaterale Gläubiger müssen verpflichtet werden, sich an solchen internationalen Entschuldungsinitiativen zu beteiligen.

Dass gläubigerdominierte Foren wie der Pariser Club oder der Zusammenschluss der G20-Staaten faire und zeitnahe Lösungen der jetzigen und zukünftigen Krisen anstreben und umsetzen werden, ist wenig wahrscheinlich. Es braucht daher grundlegende Reformen der internationalen Finanzarchitektur und für kritisch verschuldete Staaten ein internationales Verfahren, das Umschuldungen und echte Erlasse in fairer und transparenter Weise gewährleistet. Angesiedelt unter dem Dach der Vereinten Nationen, benötigt ein solches Verfahren eine unparteiische Instanz zur Feststellung des tatsächlichen Erlassbedarfs. Diese Aufgabe kann unmöglich weiter dem IWF überlassen werden, der selbst Gläubiger ist und von den wichtigsten Gläubigerstaaten dominiert wird. Es bräuchte klare Kriterien, welche Art wirtschaftspolitischer Anpassungsmassnahmen zumutbar ist, und zukünftige Rückzahlungsverpflichtungen könnten von der wirtschaftlichen Entwicklung des Schuldnerlandes abhängig gemacht werden. Für zeitnahe Lösungen, die tatsächlich den Menschen in den verschuldeten Staaten zugutekommen, müssten alle ausstehenden Forderungen in einem einzigen und umfassenden Verfahren verhandelt werden. Gläubigern, die versuchen, ihre Forderungen aus solchen Umschuldungsverhandlungen herauszuziehen, müsste der Klageweg verweigert werden. Ganz so, wie es auch in nationalen rechtsstaatlichen Insolvenzverfahren der Fall ist. erlassjahr.de fordert daher die Schaffung eines internationalen fairen und transparenten Staateninsolvenzverfahren, in dem alle hier genannten Aspekte berücksichtigt werden.

Anmerkungen

1 erlassjahr.de ist ein entwicklungspolitisches Bündnis, welches sich für einen faireren Umgang mit überschuldeten Staaten einsetzt und zu diesem Zweck Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie politische Lobbyarbeit betreibt. Zur Beurteilungspraxis der Verschuldungssituation siehe Kaiser/Rehbein (2021, 16f.) und, unter anderem im Lichte von MMT, den Beitrag von Basil Oberholzer in diesem Band.

2 Die durchschnittliche Zinsrate, die Länder des Globalen Südens auf Anleihen schätzungsweise zu zahlen hatten, betrug 2019 durchschnittlich 5,7 Prozent. Einzelne Länder müssen jedoch durchschnittlich bis zu 9,5 Prozent Zinsen zahlen. Bei einzelnen Investmentfonds machen die Zinseinnahmen aus Kreditgeschäften mit Ländern des Globalen Südens am gesamten Gewinn mindestens 5,8 Prozent aus, während der Anteil dieser Geschäfte gemessen am Gesamtumsatz nur 0,4 Prozent ausmacht. Kreditgeschäfte mit Ländern des Globalen Südens zählen somit zu den aktuell profitabelsten Geschäften für Fonds und Banken. Vgl. dazu Munevar (2021b).

3 Welche Länder begünstigt werden und wie stark sie von der Initiative profitieren, publiziert der IWF auf dem Informationsportal COVID-19 Financial Assistance and Debt Service Relief.

4 Die Weltbank berichtet unter COVID-19: Debt Service Suspension Initiative darüber, welche Staaten potenziell begünstigt werden, wie stark sie von der Initiative profitieren und ob sie das Moratorium in Anspruch nehmen oder nicht.

Literatur:

FitchRatings, 2020: Special Report 12 March 2020. Sovereign Defaults Set to hit Record in 2020

Guzman, Martin / Heymann, Daniel, 2015: The IMF Debt Sustainability Analysis. Issues and Problems. In: Journal of Globalization and Development, 6 (2), 387–404

Independent Evaluation Office of the IMF (IEO), 2014: Annual Report 2014

IWF, 2013: Sovereign Debt Restructuring – Recent Developments and Implications for the Funds Legal and Policy Framework

IWF, 2020a: The Evolution of Public Debt Vulnerabilities in Lower Income Economies. Policy Paper Nr. 20/003

IWF, 2020b: The Great Lockdown. Worst Economic Downturn Since the Great Depression. Press Release Nr. 20/98

IWF, 2020c: The International Architecture for Resolving Sovereign Debt Involving Privat-Sector Creditors – Recent Developments, Changes, And Reform Options. Policy Paper Nr. 2020/043

IWF, 2020d: Joint Statement World Bank Group and IMF Call to Action on Debt of IDA Countries. Press Release Nr. 20/103

Kaiser, Jürgen / Stutz, Malina, 2019: China als Gläubiger von Staaten im Globalen Süden. Hrsg: erlassjahr.de

Kaiser, Jürgen / Rehbein, Kristina, 2021: Verschuldete Staaten Weltweit. In: Schuldenreport 2021. Hrsg: erlassjahr.de / Misereor

Kaiser, Jürgen, 2021: Häufig vorgebrachte Argumente gegen die Beteiligung von multilateralen Entwicklungsbanken an Schuldenerlassen – und was von ihnen zu halten ist. Hrsg: erlassjahr.de

Kose, M. Ayhan / Nagle, Peter u. a., 2020: Global Waves of Debt. Causes and Consequences. Washington DC

Lakner, Christoph / Yonzan, Nishant u. a., 2021: Updated estimates of the impact of COVID-19 on global poverty. Looking back at 2020 and the outlook for 2021

Munevar, Daniel, 2021a: Dynamics and implications of the debt crisis of 2020. Hrsg.: eurodad

Munevar, Daniel, 2021b: Sleep now in the fire. Sovereign Bonds and the Covid-19 Debt Crisis. Hrsg.: eurodad

OECD, 2021: Sovereign Borrowing Outlook: 3. The impact of the COVID-19 crisis on emerging market borrowing

Ortiz, Isabel / Cummins, Matthew, 2021: Global Austerity Alert. Looming Budget Cuts in 2021–25 and alternative Pathways. New York u. a.

Oxfam 2020: The Hunger Virus. How Covid-19 is Fuelling Hunger in a Hungry World. Oxfam Media Briefing

Panizza, Ugo, 2008: Domestic and External Public Debt in Developing Countries. Unctad Policy Paper Nr. 188

Rehbein, Kristina, 2020: Vom Wachstumsoptimismus zum verlorenen Entwicklungsjahrzehnt. Die gefährliche Rolle des IWF in der Krise des Globalen Südens. Hrsg.: erlassjahr.de

Roos, Jeremy, 2019: Why Not Default? The Political Economy of Sovereign Debt. Princeton/ Oxford

Stiglitz, Joseph E., 2016: Creating a Framework for Sovereign Debt Restructurings That Works. In: Guzman, Martin / Ocampo, Jose Antonio / Stiglitz, Joseph E. (Hg): Too little, too late, The Quest to Resolve Sovereign Debt Crises. New York, 3–33

Stutz, Malina, 2021: Schuldenrestrukturierung in Corona-Zeiten. Gruppenbasiert, koordiniert – aber letztlich rein symbolisch? In: Schuldenreport 2021. Hrsg.: erlassjahr.de / Misereor

Uncatd 2020: UN calls for 2,5 trillion US-Dollar coronavirus crisis package for developing countries

Weltbank-Gruppe, 2021: COVID-19. Debt Service Suspension Initiative

EUROPA-MAGAZIN

EU-kritisch, ökologisch, sozial
Luternauweg 8, 3006 Bern
fax: 031 731 29 13
forum@europa-magazin.ch
http://www.europa-magazin.ch